

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der G. Weich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Ström). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Nr. 89.

Donnerstag den 18. April 1929.

87. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 17. April. Die Zahl der Arbeitslosen im Reich ging in der zweiten Märzhälfte um 440 000 auf 1 885 000 zurück.

Verantwortung kleiner Anfragen im Landtag.
Stuttgart, 16. April. Verschiedene kleine Anfragen wurden heute im Landtag von der Regierung beantwortet. Aus den Antworten ist folgendes hervorzuheben: daß die beteiligten Ministerien die ihnen unterstellten Anstalten erneut angewiesen haben, ihren Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, insbesondere auch an Getreide, in erster Linie aus Württemberg zu decken. — Die Rundfunkleitung übernahm die Feier der Freidenker-Jugendwoche am 10. März, da sie über sich, daß in Stuttgart ein Teil der Kinder schon am Sonntag vor dem Landeskonfirmationsfest (den 17. März d. J.) die Konfirmation feierte. Die Staatsregierung, die in dem kulturellen Bereich vertreten ist, legt Wert darauf, daß bei Uebertretung weltanschaulicher Darbietungen nicht nur der Inhalt eines Vortrags, sondern auch die Zeit der Darbietung auf die berechtigten Wünsche Andersdenkender Rücksicht nimmt. — Wenn Geschäftsleute oder ihre Repräsentanten in der Art aufsuchen, daß sie außerhalb des Wohnortes und der gewerblichen Niederlassung des Geschäftsinnehmers in vorübergehend gemieteten Räumen, z. B. einer Gast- oder Schausteller-Wohnung, Muster oder Proben ausstellen und darauf Bestellungen der Verbraucher entgegennehmen, so stellt das zwar begrifflich kein Wanderlager dar, unterliegt aber doch den gewerbepolizeilichen und steuerrechtlichen Vorschriften, die den Gewerbebetrieb im Wanderhandel regeln. Diese Vorschriften bieten aber keine Handhabe, um derartige Wandergewerbebetriebe in Gast- oder Schausteller-Wohnungen zu verbieten oder zu beschränken, selbst wenn sie ausnahmsweise die Betriebsstätte des Wanderlagers haben sollten. Am zweckmäßigsten erscheint es, auf eine Forderung der zu erwartenden Minderung der Titel 2 und 5 der Reichsgewerbeordnung hinzuwirken, die die Handhabe gibt, den bisher bekämpften Mißständen mit Erfolg zu begegnen. — Nach den angestellten Erhebungen ist es nicht möglich, in den Anlagen der bisherigen Saline Glemsenbach einfach und billig Reparaturen mit Chlor herzustellen. — Der Reichsminister der Finanzen hat die Finanzämter angewiesen, die Schäden, die der lange und starke Frost unter anderem in Gärtnereibetrieben hervorgerufen hat, durch Stundung oder Nachlaß von Steuern angemessen zu berücksichtigen.

Kaufkraft der kommunalistischen Stimmen bei den Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet.

Düsseldorf, 17. April. Soeben ist das offizielle Gesamtergebnis der Betriebsratswahlen für den Ruhrbergbau bekannt gegeben worden. Freie Gewerkschaften: Stimmen 170 948, Mandate 1273 (im Jahre 1928: 209 078 und 1554). Christlicher Gewerkschaftsbund: Stimmen 76 001, Mandate 566 (78 256 und 558). Ditsch-Dunker: Stimmen 3928, Mandate 7 (4301 und 14). Böhmer: Stimmen 646, Mandate 3 (728 und 1), R.F.D.: Stimmen 20 692, Mandate 200 (5494 und 36). Nationale Verbände: Stimmen 8880, Mandate 30 (8017 und 29). Sonstige: Stimmen: 3000, Mandate 7 (2757 und 11).

Die Deutsche Luftkassette und die Kürzung der Subvention.

Berlin, 16. April. Die Deutsche Luftkassette, deren Aufstufung sich am 9. April eingeleitet hat, wird durch die Kürzung der Subventionen auf weniger als die Hälfte des Jahres 1928 gesunkenen Lage verfaßt hat, arbeitet zurzeit an einem Vorschlag, der sowohl der ungenügenden Finanzierung des Reiches als auch den Notwendigkeiten des deutschen Luftverkehrs gerecht werden soll. Neben den bereits eingegangenen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland sowie den deutschen Ländern und Städten muß dabei auch die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und die Erhaltung des erprobten Personals und Materials berücksichtigt werden. Die Leitung der Deutschen Luftkassette wird bei diesen Arbeiten davon ausgehen, daß auch der Luftverkehr der Notlage Opfer bringen muß, die sich in wesentlichen Erbsparnissen an öffentlichen Mitteln in den nächsten Jahren auswirken werden. Sie hofft dabei mit Billigung der Reichsregierung und des Reichstags einen Weg zu finden, der trotz der erforderlichen Kürzungen doch den wichtigsten Aufgaben der Handelsluftfahrt gerecht werden soll. Die Deutsche Luftkassette ist sich dabei voll bewußt, daß ihre Entschlüsse auch von Bedeutung für das Wohlbefinden der deutschen Luftfahrergemeinschaft, der Verkehrsbehörden, der Flughäfen und anderer Zweige des Luftverkehrs sind, die in ihrer Tätigkeit wesentlich auf den Luftverkehr angewiesen sind, und mit denen sich die Deutsche Luftkassette zweifellos verbunden fühlt.

Ausland.

Genf, 17. April. Bei den Verhandlungen der vorbereitenden Abklärungskommission hat sich die Unzulänglichkeit des Präsidenten London als Verhandlungsleiter klar herausgestellt.

Madrid, 17. April. Trotz des Berliner Demittis hofft man in Spanien noch immer auf einen Besuch des Reichspräsidenten von Hindenburg, gegebenenfalls im Herbst.

Paris, 17. April. Trotz daß am Montag telegraphisch den Führer der französischen Trojken, Salverin, Schritte zur Genehmigung seiner Einreise nach Frankreich zu unternehmen. Wieber hat sich bekanntlich die französische Regierung zu dieser Frage noch nicht geäußert. Falls Frankreich die Einreise verweigern sollte, will Trocki Luxemburg oder die Schweiz als Wohnort wählen.

Die ungeschickte Kampfwiese der Pariser Presse auf dem Höhepunkt.

Paris, 17. April. Unmittelbar vor Ueberreichung des deutschen Memorandums, in dem die auf Grund der deutschen Kriegsfähigkeit errechneten Zahlen den Arbeitenden

alliierten Forderungen gegenübergestellt werden, tritt die Pariser Presse einstimmig mit der aus den Fingern gelassenen Behauptung auf, Dr. Schmidt werde in seinen Entscheidungen durch politische Erwägungen beeinflusst, da der Reichspräsident gelegentlich auf ein Ministerpostenschema rechte oder gar Reichspräsident werden wolle. So liegt es in seinem Interesse, die deutschen Ziffern möglichst niedrig anzusetzen, um nicht zu große Verantwortlichkeit auf sich zu laden. Der „Matin“ spricht sogar von gewissen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen Delegation. In dem Vertrauen, die deutschen Gegenanträge von vornherein als unzulänglich darzustellen, geht der „Matin“ so weit, zu behaupten, man dürfe sich von den Deutschen nicht täuschen lassen, auch wenn die in der deutschen Stellungnahme genannten Zahlen höher als die in dem alliierten Memorandum seien. Es komme eben darauf an, wie rasch die Anfangszahlen zu den Maximal-Ansätzen anwachsen würden. Bei einer Staffelform der Zahlungen von 100 Millionen bis 200 Millionen, die also höhere Anfangs- und Endsummen als die von den Alliierten vorgeschlagenen habe, könne der Gegenwertsver der Zahlungen doch geringer sein, wenn die Anfangs-Ansätze während vieler Jahre dieselben blieben. Gerade aber der Gegenwertsver sei für Frankreich wichtig, da nur er ausbalanciert werden könne. Ein Mitglied der französischen Delegation machte gegenüber einem Vertreter des „Matin“ auf dessen Bemerkung, Deutschland wolle keine Zahlungen annehmen, die über 37 Jahre hinausgehen, die Auslegung, die letzten 21 Zahlungen aus dem französischen-amerikanischen Schuldenabkommen zurückzuführen. Der Gegenwertsver dieser Zahlungen sei nur 3 Milliarden Goldmark, und schließlich könne Deutschland ein diesbezügliches Abkommen mit der Internationalen Reparationsbank treffen. Der offizielle „Recht Verifier“ schreibt Dr. Schmidt die Absicht zu, die Reparationsverhandlungen abbrechen und auf einer späteren politischen Konferenz wieder aufzunehmen. Das Blatt glaubt jedoch nicht, daß auf einer politischen Konferenz die deutschen Unterhändler zu besseren Ergebnissen gelangen könnten. Nicht nur hätten die Alliierten die Möglichkeit, den Deutschen politische Zugeständnisse zu verweigern, sondern das Reich würde auf einer solchen Konferenz auch nicht mehr auf die Unterstützung Amerikas rechnen können.

Wie die Belgier im ehemaligen deutsch-afrikanischen Gebiet wirtschaften.

London, 16. April. Die „Times“ veröffentlichten heute einen langen Bericht über die fürchterliche Dürregefahr, welche in Ruanda herrscht. Der Bischof von Uganda, welcher vor einiger Zeit von dort in London eingetroffen ist, hat einen Fonds zur Linderung der Not eingerichtet und hat den heute früh in der „Times“ veröffentlichten Artikel von einem Arzt schreiben lassen, welcher als Missionar in dem belgischen Ruanda-Distrikt arbeitet und der gegenwärtig in Gahine stationiert ist. In dem Artikel versucht der Verfasser auf nachliegenden Gründen die belgische Verwaltung zu entlasten, mit Argumenten, wie z. B., daß die Belgier noch nicht lange dort seien, daß es in dem schwierigen Gelände an Straßen fehle, daß der Transport schwierig sei und daß es an Transportmitteln überhaupt fehle. Am alle Fälle zeigen die Ausführungen dieses Schreibens wieder einmal, daß die Alliierten, welche den Deutschen vorwerfen, ihre Kolonien nicht vernünftig zu können, in den ihnen anvertrauten Gebieten nicht wirtschaften können. Denn was der Verfasser des Briefes als Entschuldigung vorbringt, ist nur ein Beweis dafür, daß die notwendigen Vorkehrungsmaßnahmen von den Belgiern nicht getroffen wurden, die in diesem nicht zum ersten Male von Hunger und Dürregefahr bedrohten Gebiet erwartet werden müssen. Es ist leider nur möglich, einige Punkte aus dem Brief hervorzuheben. Die Lage der unglücklichen Ruander ist unbeschreiblich, hat der Missionar, der hundert Jahre Beschreibung. Das ganze Gebiet ist wie mit Leiden überzogen, und abends findet man oft Frauen und Kinder, die sich nicht mehr fortbewegen können und die in der Nacht sicher das Opfer der untergegangenen Sonne werden, wenn sie der Tod vorher nicht ereilt. In der Nähe der Dörfer findet man überall Dölkote, die nicht mehr die Kraft haben, sich bis in die Dörfer zu schleppen. Es ist ein Land der Sterbenden und Toter, der Hungernden und der Suchen. Eine schlimme Epidemie von Typhus ist bereits eingetreten, die Boden sind während der letzten Monate ausgebrochen und viele andere Krankheiten herrschen. Alle diese Leute haben ärztliche Behandlung notwendig, aber der Briefschreiber ist der einzige Arzt im ganzen Distrikt und ihm steht nur ein Mann zur Verfügung, der wenig ärztliche Kenntnisse hat.

Vorstoß der Arbeiterpartei.

London, 17. April. Die Unterhaus-Debatte über das Budget hat entgegen den allgemeinen Erwartungen doch eine hochpolitische Sensation hervorgerufen. Der ehemalige und zukünftige Finanzminister der Labour-Party, Philip Snowden, richtete eine überraschende Attacke gegen die Kriegsschuldenabkommen Chamberlains mit Frankreich und Italien, die er als skandalös bezeichnete. Snowden kritisierte die Finanzpolitik Frankreichs in ungewöhnlich scharfer Form und ging so weit, zu erklären, daß Frankreich seinen internationalen Verpflichtungen ebenso ausweichen sei, wie Rußland. Die prooffiziellen Abkommen der konservativen Regierung mit Frankreich und Italien bezeichnete Snowden als schändliche Transaktion, die je ein betrübter Minister durchgeführt habe. Er kündigte an, daß sich die Labour-Party das Recht vorbehalte, die Abkommen zu kündigen, wenn sie an die Regierung käme. Der Vorstoß Snowdens erregte das größte Aufsehen, das Chamberlain während der Rede Snowdens ausstand und ihn hat, zu bedenken, was er sage. Vorher war tatsächlich noch niemand, ob Snowden eine planmäßige Aktion der Labour-Party eingeplant hat, oder ob es sich um rein theoretische

Kritik für Wahlzwecke handelt. Immerhin ist die Angelegenheit so wichtig, daß sich heute das Kabinett damit beschäftigen wird und daß die Unterhausdebatte weitgehend von dem sozialistischen Vorstoß beherrscht werden dürfte.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg. (Gemeinderatsitzung am 16. April.) Die Stadtschule wird angewiesen, Vorauszahlungen auf die Gemeindesteuern des Rechnungsjahrs 1929 in Höhe des vorjährigen Satzes zu erheben.

Die Abgabe von verbilligtem Brennholz an Kriegswitwen, besonders bedürftige Klein- und Sozialrentner, wird auch im Rechnungsjahr 1929 durchgeführt. Aus dem Grundbesitz der letzten Jahre wird, soweit diese nicht auf dem Grundbesitz zu verrechnen sind, ein Grunderwerbsteuern gebildet, aus welchem künftige Grunderwerbungen der Stadt bestritten werden können.

Die Besetzung des Oberamts zu der im Januar d. J. stattgefundenen Gemeindevision werden dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Die anschließende Beratung des Bauvoranschlags 1929 mußte, der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Stadt und der Steuerzahler Rechnung tragend, dazu führen, eine Anzahl Abstriche an verschiedenen Posten vorzunehmen, da man sich auch angesichts des Rückgangs des Gewerbesteuer-Einkommens auf das Notwendigste beschränken mußte. Abgetrieben wurden demgemäß etwa 16 000 R.M., so daß der Betrag von 72 000 R.M. sich auf 56 000 R.M. für Hoch- und Tiefbau verminderte unter der Grundsatzentscheidung des Gemeinderats, der Beratung des Bauvoranschlags den Umlagefaktor von 24 Prozent unter keinen Umständen zu erhöhen.

Mit der Bestellung des Ratsschreibers Schöfer als Stellvertreter des Ständesbeamten ist der Gemeinderat einverstanden.

Nachdem noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt wurde, wurde die Sitzung um 10 1/2 Uhr geschlossen.

(Wetterbericht.) Süddeutschland kommt jetzt wieder in den Bereich eines Hochdruckgebietes. Für Freitag und Samstag ist mehrfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Wiesbaden, 17. April. Die Wildbaderstraße wurde voriges Jahr zwischen der Landesgrenze und der Haltestelle Engelsbrunn bedeutend verbreitert und mit einem Gehweg versehen. Nun ließ die Straßenbauinspektion Calw den Gehweg mit annähernd 200 schönen jungen Bäumen bepflanzen, was mit großen Kosten verbunden war. In regelmäßiger Ordnung folgen Ahorn, Eichen, Ulmen, Birken und Linden. Diese Bäume werden in späteren Jahren dem Wanderer angenehme Schatten bieten und viel zur Verschönerung des Landschaftsbildes beitragen. Von dubioser Hand wurden leider einige dieser Bäume beschädigt und ihnen der Stängel abgebrochen. Wer Angaben über den oder die Täter machen kann, möge dieselben an die Stadtdirektion oder die Polizei richten. Der bekannte Spruch, der auch in ihrer Jugend eingepreßt wurde „Du sollst die Bäume nicht verderben“, ist ihnen natürlich entfallen. Wer aber möchte die Anlage dem Schutz des Publikums empfehlen.

Schönbach, 16. April. Zahlreicher als sonst bei Ausflügen haben sich vergangenen Sonntag die Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe des Württ. Schwarzwaldbundes zu der diesjährigen Jahresversammlung der Württ. Landesversammlung im „Ochsen“ zusammengefunden. Um 3 Uhr eröffnete der Vorstand, H. Denzel, die Versammlung und gab in seinem Begrüßungswort der Freude darüber Ausdruck, daß man so zahlreich der Einladung gefolgt sei, besonders die Mitglieder von Württemberg, Kärnten, Schwaben und Unterfranken. Darauf erstattete er Bericht über die im letzten Jahr angefallenen Vereinsgeschäfte, welche sich in so maßigen Grenzen hielten, daß sie fast alle vom Vorstand erledigt werden konnten. Dreimal wurde der Ausfluß, einmal der Wegausfluß beigegeben. Den Bericht des Schriftführers und Kassiers erstattete Hauptlehrer Schmid. Er erstreckte sich auf Mitgliederwerbung, Angehörigenwerbung, Vereinsbeiträge für Württemberg, Vereinsbeitrag und Beitragsleistung. Letzterer soll jetzt in Höhe von 4 Mark durch eine Damermitgliedschaft ähnlich wie beim Schwäbischen Albverein zu Beginn des Jahres erfolgen. Die von der letztjährigen Hauptversammlung gemachten Erhebungen zur Feststellung der Eintrittskosten der einzelnen Mitglieder wurden angestellt, denen aber bei der Schwierigkeit der Sachlage keinen Anspruch auf unbedingte Zuverlässigkeit machen, besonders auch deswegen nicht, weil vor der Gründung des Vereins im Jahre 1906 einzelne Vereinsangehörige die Mitgliedschaft schon bei den damals bestehenden Bezirksvereinen Neuenbürg und Wiesbaden erworben haben. Dem Kassierbericht entnehmen wir: Den Einnahmen von 610 Mark Beiträge von 128 Mitgliedern haben 475 Mark Ausgaben gegenüber, die zum größten Teil an die Hauptkasse in Stuttgart abgeführt wurden, im übrigen in sonstigen Anwendungen wie Begegnungen, Begegnungen, Veranstaltungen unterhaltender Art und persönlichen und sozialen Vermehrungskosten bestanden. Weg- und Wanderbericht erstattete der jetzt 65jährige Führer Wilhelm Götz. Er hob hervor, daß mit Ausnahme der Wegbegegnung nach Hirsau, die nachgehenden und verbessert werden soll, alles in vollkommener Ordnung sei. Der Wanderbericht erstattete die 6 Wanderer vom Vorjahr, von denen die Wanderung nach Jagelsbach und Hirsau gemeinschaftlich mit dem Gefangenenverein und die beiden Autofahrten auf den Flugplatz Wöblingen und nach Huchensfeld zum Treffen mit dem Wanderverein dort die größten waren. Schwach war die Beteiligung nach Grumbach (Bergwerk), Wöblingen und Döhlsturm, Oberhangsriede-Biegel-

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile über dem Raum 25 J.,
Kleinzeile 80 J.,
Kleinzeile 100 J.,
Berg. Zeichnung, Offerte und Anzeigenpreis 20 J. Bei größeren Aufträgen Rabatt, bei im Falle des Abnahmeverweiges hinlänglich wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Veränderungen außer Kraft.

Gerichtshof für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Anst. wird kein Gewähr übernommen.

Kreisarchiv Calw

